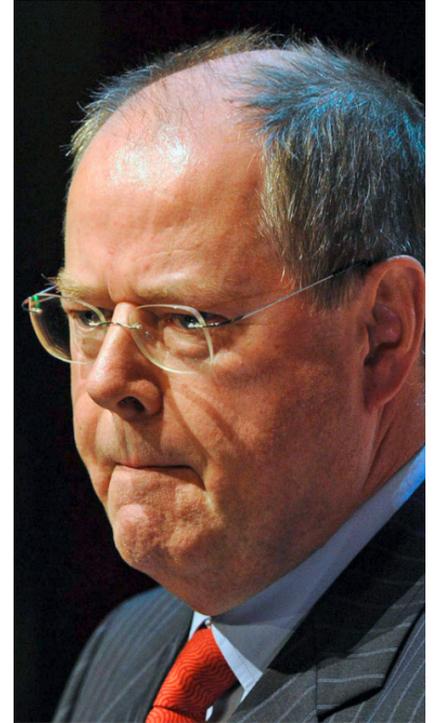


STEUERABKOMMEN SCHWEIZ-DEUTSCHLAND/USA

# Peer Steinbrück will die «Pferde satteln»



Die aktuellen Finanzminister sind sich einig: Eveline Widmer-Schlumpf und Wolfgang Schäuble finden das Steuerabkommen eine gute Lösung. Für den ehemaligen deutschen Finanzminister Peer Steinbrück ist es indes ein Fiasko. *key*

**Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf und ihr deutscher Amtskollege Wolfgang Schäuble haben gestern in Berlin das Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland unterzeichnet. Doch die SPD will das Abkommen im deutschen Bundesrat bekämpfen.**

Mit der Unterzeichnung des Steuerabkommens kommen die beiden Länder einer Beilegung des Streits um deutsche Steuerländer mit Schweizer Bankkonten einen weiteren Schritt näher. Zuvor hatte die deutsche Regierung das Abkommen mit der Schweiz gebilligt.

«Wir sind überzeugt, dass wir mit dem Abkommen ein jahrelanges belastendes Problem auf eine gute Weise gelöst haben», sagte der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble. Für die Zukunft sei die «vollständige Gleichbehandlung» der Bankkunden in beiden Ländern sichergestellt. Die Einkünfte aus

Kapitalvermögen von deutschen Staatsbürgern auf Schweizer Banken würden in Zukunft genauso einer Kapitalertragsbesteuerung unterliegen, wie wenn diese Gelder auf einer deutschen Bank angelegt wären. Auch Eveline Widmer-Schlumpf lobte das Abkommen als eine «Lösung im Interesse beider Staaten». «Nach den vielen Wogen, die wir glätten mussten, ist dieses Abkommen ein beachtliches Resultat», sagte die Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements.

#### Widerstand in Deutschland

Das Steuerabkommen soll Anfang 2013 in Kraft treten. Es muss

jedoch noch von den jeweiligen Parlamenten genehmigt werden. In der Schweiz untersteht das Abkommen zudem dem fakultativen Referendum.

Während die Parteien und Verbände in der Schweiz bei der Bekanntgabe der Einigung vor ein-

einhalb Monaten weitgehend positiv reagierten, kündigte die deutsche Opposition umgehend Widerstand an. SPD und Grüne könnten das Steuerabkommen in der zweiten Kammer, dem Bundesrat, kippen – dort hat die christlich-liberale Regierung von

Bundeskanzlerin Angela Merkel keine Mehrheit.

#### Statt Kavallerie nun die Pferde

Auch Ex-SPD-Finanzminister Peer Steinbrück äusserte gestern heftige Kritik. In einem mit «Sattelt die Pferde!» überschriebenen Beitrag für die «Zeit» kritisierte er, die Deutschen stellten sich viel schlechter als die USA, welche die Kavallerie 2009 auch hätten ausreiten lassen und den Schweizer Banken mit Geschäftsverbotsandrohungen gemessen am Auftreten der USA und anderer Länder sei das Abkommen ein «politisches Fiasko», das inakzeptable Zustände fortschreibe.

Schäuble bezeichnete die Einwände gegenüber der «Berliner Zeitung» als «nicht begründet». Der Finanzminister zeigte sich denn auch zuversichtlich, dass

beide Kammern das Abkommen ratifizieren werden.

#### Jahrelanger Streit

Am 10. August hatten sich die Schweiz und Deutschland nach jahrelangem Streit auf ein Steuerabkommen geeinigt, das auf Kapitalerträgen deutscher Bankkunden eine Abgeltungssteuer von 26,375 Prozent vorsieht.

Auch einen Teil ihres bisher nicht versteuerten Vermögens müssen die Kunden dem deutschen Fiskus abliefern. Je nachdem, wie lange die Konten bereits bestehen und welche Vermögensveränderungen es in den vergangenen Jahren gegeben hat, müssen zwischen 19 und 34 Prozent der bisher unversteuerten Gelder abgetreten werden. Die Schweizer Banken müssen zudem eine Vorauszahlung von 2 Milliarden Franken leisten. *sda*

ANZEIGE

WANKDORF | CENTER Lyssach Center centre bahnhof

**GEWINNE TRAUMFERIEN IN LUXUS-CHALET!**

SPIEL MIT VOM 1. - 30. SEPTEMBER 2011

WIN-CHALET.CH

## «Bundesrat mit Froschperspektive»

**STEUERSTREIT SCHWEIZ-USA Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern, sagt, dass der Bundesrat sich von den USA habe einschüchtern lassen.**

**Der Bundesrat ist beim Ständerat abgeblitzt. Verstehen Sie, warum die Landesregierung dem Parlament diesen Zusatzbericht vorgelegt hat?**

Peter V. Kunz: Der Zusatzbericht ist für mich ein grosses juristisches Rätsel. Es war überflüssig, dass der Bundesrat diesen dem Parlament unterbreitet hat.

#### Warum?

Die Schweiz kann im Verhältnis zu den USA bereits heute Gruppenanfragen bearbeiten. Dies heisst: Die USA können von der

Schweiz Amtshilfe verlangen zu allen Personen, die ein bestimmtes Verhaltensmuster zeigen, also die beispielsweise einen bestimmten Mindestbetrag über eine Stiftung bei einer Schweizer Bank angelegt haben. Das Bundesverwaltungsgericht hat dies in einem Urteil von 2009 abgelehnt.

**Wieso hat der Bundesrat den noch entschiedenen, den Zusatzbericht dem Parlament zu unterbreiten?**

Dieses Vorgehen ist wohl ein Re-

sultat der Hektik der Verhandlungen. Der Bundesrat wollte dem Parlament einen Bundesbeschluss abringen. So hätte er es nicht und nagelfest gehabt, dass Gruppenanfragen auch in Zukunft möglich sind.

**Warum war dies für die Landesregierung so wichtig?**

Ich kann mir vorstellen, dass die amerikanischen Verhandlungspartner auf einen Parlamentsbeschluss gedrängt haben. Denn diese wissen, dass ein Gerichtsurteil in der Schweiz – im Gegensatz zum amerikanischen Justizsystem – wieder anders ausfallen kann, also Praxisänderungen kommen häufig vor. Ein Parlamentsbeschluss würde eine solche Änderung verhindern. Damit hätte die Schweiz in den laufenden Verhandlungen eine sogenannte unilaterale Klarstellung abgegeben.

**Sehen Sie weitere Gründe für die Taktik der Bundesrates, die nun gescheitert ist?**

In der Schweiz glaubt man offenbar alles, was ein Grosser oder ein Grossstaat sagt. Der Bundesrat hat aus einer Froschperspektive heraus entschieden. Uns fehlt das Selbstvertrauen gegenüber den Amerikanern. Die Behörden lassen sich zu rasch einschüchtern. Psychologisch ist das noch zu verstehen: Die vielleicht vier-

köpfige Schweizer Delegation sieht sich in Washington dreissig Beamten gegenüber. Das macht Eindruck. Doch ich rate zu mehr Gelassenheit – auf der diplomatischen und der politischen Ebene. In den vergangenen zwei Wochen war ich in den USA: In den grossen Zeitungen habe ich keine einzige Zeile zu diesem Thema gelesen.

**Das Parlament hat nun keine unilaterale Klarstellung gemacht. Was bedeutet dies?**

Das ist nun das Problem: Wir wissen nicht, wie die amerikanische Seite diese Weigerung interpretieren wird. Das Schlamassel ist eine Folge davon, dass der Bundesrat und die Verwaltung falsch

taktiert haben. Zudem ist offen, wie ein Schweizer Gericht eine Nichtzustimmung verstehen würde.

**Wie wird sich die Geschichte nun weiterentwickeln?**

Ich glaube nicht, dass es zu einer Eskalation kommen wird, sondern gehe davon aus, dass die USA nun bei der Schweiz Amtshilfesuche stellen werden. Basierend auf den heutigen Rechtsgrundlagen. Möglich ist zudem, dass die USA Mitarbeiter der elf betroffenen Banken verklagen werden. Nicht überrascht wäre ich, wenn das Parlament schliesslich doch noch zustimmen würde.

**Doch für die Grossbank Credit Suisse wäre es verheerend, wenn sie sich mit einer Klage der USA konfrontiert sehen würde.**

Ich bin überzeugt, dass die USA nie mit einer Strafklage gegen die CS vorgehen werden. Dafür ist sie in den USA zu stark verankert. Präsident Obama würde wohl kaum weitere 12 000 arbeitslose Banker riskieren. Ich könnte mir aber vorstellen, dass die USA beispielsweise die Zürcher Kantonalbank mit einer Klage einklagen könnten. Sie könnten so einen Einschüchterungseffekt in der Schweiz erzielen, ohne wirtschaftlich etwas zu riskieren.

Interview: Stefan Schnyder



Peter V. Kunz

iris Andermatt

## Dialog mit Italien

**Der Ständerat macht Druck: Er fordert den Bundesrat mit einer Motion auf, den Steuerstreit mit Italien zu lösen.**

Der Ständerat hat gestern einer Motion seiner Wirtschaftskommission zugestimmt, die gleich lange Spiesse zwischen Italien und der Schweiz bei der Grenzgängerbesteuerung fordert. Eine Tessiner Ständesinitiative lehnte die kleine Kammer aber ab; sie ging ihr zu weit. Diesen Sommer hatte die Tessiner Regierung beschlossen, die Gelder aus der bei Grenzgängern erhobenen Quellensteuer einzufrieren und nicht an Italien auszuzahlen. Das Geld soll so lange blockiert bleiben, bis Bern und Rom wieder über eine Revision des Doppelbesteuerungsabkommens verhandeln.

Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf signalisierte, dass der Bundesrat die Motion umsetzen wolle. Der Bundesrat habe beschlossen, den Dialog mit Italien wiederaufzunehmen, um die Probleme mit dem zweitwichtigsten Handelspartner der Schweiz zu lösen. Demnächst stehe ein Treffen mit dem italienischen Finanzminister an.

Sowohl die Ständesinitiative als auch die Motion werden nun vom Nationalrat behandelt. *sda*

#### STÄNDERAT

**Mit 29 zu 7 Stimmen** entschied der Ständerat gestern, das Geschäft über eine Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA zu verschoben. Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament diesen Vorschlag in aller Eile, weil elf Banken, darunter die CS, ins Visier der US-Steuerbehörden geraten sind.

Die Regierung wollte vom Parlament einen Bundesbeschluss erwirken, der den Schweizer Behörden erlaubt hätte, bei Gruppenanfragen der US-Steuerbehörde Amtshilfe zu gewähren.

So hätte die Schweiz Amtshilfe gewähren können, wenn die US-Behörden Auskunft über amerikanische Kunden verlangt hätten, die ihr Geld über eine Stiftung angelegt haben.

Die Ständeräte kritisierten das ungesetzliche Verhalten der Banken scharf und verlangten mehr Informationen. «Wir wollen wissen, was Sache ist», sagte etwa der Freiburger CVP-Ständerat Urs Schwaller. «Sonst werden wir zu Tanzbären, die von den rechtsbrechenden Banken am Seil geführt werden.» *sny*